

28.02.2014



Immer mehr Armen droht Obdachlosigkeit

SOZIALES Wohnungen werden teurer und teurer, aber die Mietzuschüsse sind nur marginal gestiegen. Immer mehr Menschen könnten deshalb ihre Wohnung verlieren, warnt die Landesarmutskonferenz

Die Landesarmutskonferenz (LAK) Berlin warnt vor zunehmender Obdachlosigkeit unter Sozialhilfeempfängern. Zugleich fordert die Initiative den Senat auf, entschiedener gegen drohende Wohnungsverluste vorzugehen. Angesichts fehlender preiswerter Wohnungen und steigender Mieten reichten die bislang unternommenen Schritte nicht aus, erklärte die LAK am Donnerstag.

"Die kürzlich vorgenommene Anpassung der angemessenen Mieten für Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein", sagte Ekkehard Hayner von der LAK-Fachgruppe Wohnungslose Menschen. Fakt sei, dass in Berlin immer noch viele Hartz-IV-Empfänger von Wohnungslosigkeit bedroht seien, weil deren Bruttowarmmieten über den als angemessen betrachteten Werten lägen.

Kaum angemessene Ersatzwohnungen

In solchen Fällen würden sogenannte Kostensenkungsverfahren eingeleitet. Das bedeute unter anderem, dass die Mieter dazu aufgefordert würden, sich eine günstigere Wohnung zu suchen. Jedoch sei auf dem angespannten Markt kaum angemessener Ersatz zu finden.

In der Folge gerieten Sozialhilfeempfänger verstärkt in Zahlungsschwierigkeiten und Mietschulden, weil die Wohnkosten nur noch zum Teil durch die Jobcenter übernommen werden. In letzter Konsequenz seien auch Wohnungsverluste nicht auszuschließen. Vor diesem Hintergrund drohe ein dauerhafter Anstieg der Wohnungslosenzahlen in Berlin, hieß es weiter.

Der Senat hatte kürzlich eine Erhöhung der Mietzuschüsse für Bezieher von Grundsicherung beschlossen. Einem Einpersonenhaushalt werden künftig im Schnitt 423 statt 415 Euro und einer vierköpfigen Familie 683 statt 669 Euro erstattet. Die neuen Werte gelten ab 1. März.

Die LAK war im Dezember 2009 von 35 Organisationen gegründet worden. Anlass war die Ausrufung des Jahres 2010 zum Jahr des Kampfes gegen Armut und Ausgrenzung durch die EU. Die LAK nimmt zur Armutsentwicklung in Berlin öffentlich Stellung und will das Thema einer breiteren Öffentlichkeit durch Aktionen bekannt machen.
EPD